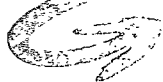


Abg z Nationalrat
DI Dr Wolfgang PIRKLHUBER



DIE GRÜNEN

Der Grüne Klub im Parlament
A-1017 Wien

Telefon (01) 401 10 - 6698
Telefax (01) 401 10 - 6793, 6883
Email: infopool@gruene.at
Web: <http://www.gruene.at>

XXIV.GP.-NR
Nr. 72 /Pet.

20. Jan. 2011

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

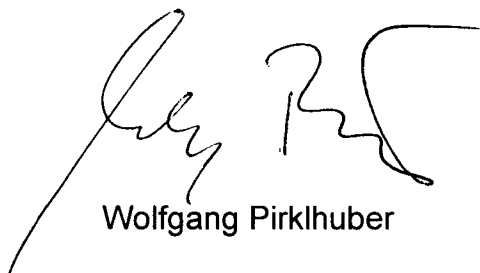
Wien, 20. Jänner 2011

Betreff: Petition betreffend „Kein Sparen bei Kindern, Jugendlichen, Familien und Sozialem“

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs. 1 GOG-NR überreichen wir die Petition betreffend „Kein Sparen bei Kindern, Jugendlichen, Familien und Sozialem“ mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Pirkhuber

Wasser – Kanal - Schule – Kindergarten
 Straßen - Gehsteige – Winterdienst
 Feuerwehr - Vereine – Kultur – Spielplätze –
 Tourismus – Wanderwege - Freizeit
 Gesundheitsdienst - Rettungswesen
 Geburten – Hochzeiten - Sterbefälle
 Meldewesen – Bauangelegenheiten
 und vieles mehr

Gemeinde

Gemeindeamt Aschach an der Steyr
 DVR. 0478091 - Bezirk Steyr-Land
 Hauptstraße 27, 4421 Aschach a. d. Steyr

Bearbeiter: Monika Steinmair
 Tel. 07259/3412-14, Fax: 07259/3412-8
 e-mail: gemeinde@aschach-steyr.ooe.gv.at
www.aschach-steyr.at

Aschach an der Steyr, am 21.12.2010
 AZ: 004-1/2010/St

Bundeskanzleramt
 Ballhausplatz 2
 1014 Wien

GR-Resolution an die österreichische Bundesregierung:

"Kein Sparen bei Kindern, Jugendlichen, Familien und Sozialem - Vorrang für Familien, Vorrang für Soziales, Vorrang für Bildung! "

Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gemeinderat der Gemeinde Aschach an der Steyr hat in der Sitzung am 15.12.2010 einstimmig folgende Resolution beschlossen:

Budgetkonsolidierung und Investitionen in die Zukunft sind kein Widerspruch! Das hat die Bundesregierung bisher nicht ausreichend erkannt, denn das aktuelle Bundesbudget geht an den zentralen Herausforderungen der Zukunft vorbei.

Die Gemeinde ist der unmittelbare Lebensraum aller Bürgerinnen und Bürger. Leistungsstarke Gemeinden sichern ein lebenswertes Umfeld und Lebensqualität. Es wird Gemeinden aber immer schwerer gemacht, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Freier Kapitalverkehr und globaler Steuerwettbewerb haben bewirkt, dass die wirtschaftlich Leistungsfähigsten immer weniger Steuern zahlen. Durch die sinkende Besteuerung von Vermögen und Gewinnen entgehen dem Staat Österreich jedes Jahr Einnahmen in Milliardenhöhe. Diese Steuerausfälle machen es den Gemeinden immer schwerer, die Grundversorgung der Bevölkerung aufrecht zu erhalten: die Investitionen in soziale Sicherheit, Spitäler, Schulen, öffentliche Verkehrsmittel und wichtiger Infrastruktur bleiben auf der Strecke.

Wenn alle gerecht zum Steueraufkommen beitragen würden, wären öffentliche Dienstleistungen leicht finanzierbar, es könnte auch weiterhin für alle eine angemessene Lebensqualität sichergestellt werden.

Es ist daher NICHT akzeptabel, dass der öffentliche Haushalt auf den Rücken von Kindern, Jugendlichen, deren Eltern sowie von Menschen mit Beeinträchtigungen saniert werden soll!

Es ist unerlässlich, dass in Bildung und Soziales investiert wird, langfristige Strukturreformen in Bildung und Verwaltung umgesetzt werden und Steuermittel gesellschaftlich ausgewogen verteilt werden.

Wir fordern daher von der Bundesregierung, das Budget folgenden Kriterien anzupassen:

- Vorrang für Familien! Kein Sparen bei der Familienbeihilfe!
- Vorrang für Soziales! Kein Sparen bei der Pflege!
- Vorrang für Bildung!

Und ein gerechteres Steuersystem umzusetzen, welches für uns bedeutet:

- die angemessene Besteuerung von Vermögen
- die Abschaffung der Steuerprivilegien
- die steuerliche Gleichbehandlung von Arbeits- und Kapitaleinkommen

Freundliche Grüße

Bgm. Karl Bogengruber